

Lehren aus Afghanistan

Der Krieg am Hindukusch hat die westliche Sicherheitspolitik verändert

Ist „Nie Wieder!“ die wichtigste Lektion, die westliche Nationen aus dem Einsatz in Afghanistan gelernt haben? Wie durchgängig ist die „Interventionsmüdigkeit“, welche Folgen hätte sie für die NATO und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU? Einschätzungen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Kanada.



Subsidiäre Ertüchtigung

Auslandseinsätze zu verweigern wäre gefährlich

Markus Kaim | Die deutsche Politik hat mittlerweile mehr als 20 Jahre Erfahrung mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die abgeschlossenen und laufenden Missionen haben dabei sehr unterschiedliche Aufgaben umfasst: von der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo über die Pirateriebekämpfung im Indischen Ozean bis hin zur Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Gewährleistung von Sicherheit und der Bekämpfung von Aufständischen, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Trafen die veränderten Anforderungen der Weltpolitik die „alte“ Bundesrepublik zu Beginn der neunziger Jahre noch recht unvermittelt, entwickelte sich im darauffolgenden Jahrzehnt in der politischen Elite eine wachsende Bereitschaft, sich an internationalen Einsätzen von NATO, der Europäischen Union oder Vereinten Nationen zu beteiligen.¹ Diese Bereitschaft speiste sich nicht zuletzt aus der Zuversicht, dass die internationale Gemeinschaft mit solchen Einsätzen nicht nur kurzfristig militärisch, sondern mittel- und langfristig auch politisch erfolg-

¹ Vgl. Michael Epkenhans: Das Ende der Geschichte? Der Wandel deutscher Politik und Gesellschaft im Hinblick auf die Anwendung militärischer Gewalt, in: Bernhard Chiari (Hrsg.): Auftrag Auslandseinsatz. Neueste Militärgeschichte an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Streitkräften, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Freiburg 2012, S. 55–62.

reich sein könne. Die beiden heute noch größten Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und im Kosovo reichen in diese Phase zurück.

Jedoch: Die Phase der neunziger und 2000er Jahre, als politische Klasse und Öffentlichkeit mit breiter Mehrheit hinter Auslandseinsätzen standen, ist vorbei. Sie ist einer Interventionsmüdigkeit gewichen, die vor allem die Frage betrifft, welche Ziele multilaterale Militäreinsätze dauerhaft erreichen können. Häufig sind diese kurzfristig militärisch oder zumindest im Sinne des Mandats von UN-Sicherheitsrat bzw. Bundestag ein Erfolg. Ob die angestrebten Ordnungsvorstellungen jedoch auch mittel- und langfristig realisiert werden können, steht auf einem ganz anderen Blatt. Das Ergebnis waren bzw. sind Auslandseinsätze, die scheinbar kein Ende nehmen, und Einsätze, die bereits kurze Zeit nach ihrem Abschluss als politisch fragwürdig oder erfolglos bewertet werden müssen.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich seit 2014 verschlechtert

Bei der ISAF-Mission in Afghanistan ist diese Diskrepanz besonders deutlich: Im Sinne des UN-Mandats hat die NATO mit der Ausbildung von 350 000 afghanischen Soldaten und Polizisten sowie der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an diese die Operation erfolgreich abgeschlossen. Aufgrund anderer Faktoren, die die NATO kaum oder gar nicht beeinflussen kann – wie Korruption, ethnische Spannungen und mangelndes Vertrauen in die Institutionen –, ist Afghanistan aber weit davon entfernt, ein sicheres, politisch stabiles und wirtschaftlich prosperierendes Gemeinwesen zu sein. Die erzielten Erfolge der NATO drohen sogar wieder zu erodieren. So verschlechtert sich die Sicherheitslage im Land seit Ende 2014, dem Abschluss der ISAF-Mission, wieder erheblich.²

Dieser Eindruck der Vergeblichkeit ist sicherlich einer der Faktoren, die in der deutschen öffentlichen Meinung dazu geführt haben, dass große, multidimensionale Stabilisierungseinsätze kaum noch Unterstützung finden. Die im Mai 2014 veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung illustrieren eine gravierende Prioritätenverschiebung: „Eine deutliche Mehrheit von 82 Prozent der Befragten plädiert dafür, militärische Einsätze der Bundeswehr zu reduzieren. Diese Ablehnung ist in allen Altersgruppen, Bildungsschichten und Parteipräferenzen gleichmäßig und unabhängig von einer Herkunft aus West- oder Ostdeutschland. [...] Den Einsatz deutscher Truppen würden die Befragten nur gutheißen, wenn Frieden und Sicherheit in Europa direkt bedroht sind, für humanitäre Zwecke, bei einer direkten Bedrohung von Verbündeten, um sich an einer beschlossenen friedenserhaltenden Maßnahme zu beteiligen und um einen Genozid und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“

Hinzu kommen die Auswirkungen der europäischen Finanz- und Schuldenkrise, die die Prioritäten der deutschen Politik verschoben haben. Dies heißt nicht zwingend, dass keine Situation vorstellbar wäre, in der die Bundesregierung die innenpolitische Beschränkung überwinden könnte, die von der öffent-

² Vgl. dazu die Quartalsberichte der United Nations Assistance Mission in Afghanistan: <http://unama.unmissions.org/Default.aspx?tabid = 12263&language = en-US>

**Sind große Einsätze
teuer, wirkungslos und
damit ersetzlich?**

lichen Meinung ausgeht. Sie muss sich aber gewahr sein, dass dies erheblichen politischen Kapitals bedarf. In welchem Maße die Bundesregierung die öffentliche Meinung in der Frage von Auslandseinsätzen berücksichtigt, wurde im Juni 2014 auf einer Konferenz in Berlin deutlich, in deren Verlauf Christoph Heusgen, der sicherheitspolitische Berater der Bundeskanzlerin, auf die prinzipiellen Vorbehalte der deutschen Öffentlichkeit verwies: „Die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung ist nicht so, dass wir uns in absehbarer Zeit erneut an einer Mission im Umfang des Afghanistan-Einsatzes beteiligen werden.“³

Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird es auf absehbare Zeit wohl keine Mehrheiten für weitere große Auslandseinsätze geben, die als teuer, wirkungslos und daher verzichtbar wahrgenommen werden. Das Ergebnis werden weniger und kleinere Auslandseinsätze der EU, der NATO und der Vereinten Nationen unter Beteiligung der Bundeswehr sein. Vor allem wird sich ihre Funktion ändern: Zielten frühere Missionen auf die grundlegende Umgestaltung einer staatlichen Ordnung nach dem Ende eines Konflikts, z.B. in Afghanistan, wird es nunmehr vorwiegend um Einsätze gehen, die im Sinne der Subsidiarität einzelne Regierungen bzw. Regionalorganisationen befähigen sollen, sicherheitspolitische Herausforderungen selbständig zu bewältigen und im Sinne der UN-Charta Frieden und internationale Sicherheit zu gewährleisten. Besonders im Falle von EU-Missionen ist bereits die Schwerpunktverlagerung von einem „Sicherheitsanbieter“ hin zu einem „Sicherheitsberater“ unverkennbar.⁴ In diesem Sinne weisen die deutsche Beteiligung an den EU-Trainingsmissionen für Somalia und Mali sowie die Ausbildungsunterstützung im Irak den Weg für die kommenden Jahre. In die öffentliche Debatte hat dies unter der Überschrift „Ertüchtigungsstrategie“ Einzug gehalten.

Auslandseinsätze der Bundeswehr haben in den vergangenen 20 Jahren erhebliche Veränderungen bewirkt: Kurzfristig konnte Deutschland Beiträge zum internationalen Krisenmanagement in spezifischen Konflikten leisten. Zusammen mit Partnern gelang es Berlin dabei, Krisen einzuhegen und manche dauerhaften politischen Regelungen zu erreichen. Die Erfahrungen, die die Bundeswehr in Einsätzen gesammelt hat, wirkten als Leitfaden in ihrem Transformationsprozess sowie ihrer Ausrüstungsplanung und -beschaffung. Die Anforderungen haben die Bundesregierung dazu veranlasst, die Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ umzubauen.⁵

Langfristig haben die Auslandseinsätze es Deutschland ermöglicht, den Zusammenhalt der euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen zu stärken, denn

³ Zitiert in: Marc Brost, Andrea Böhm, Peter Dausend, Matthias Geis und Kerstin Kohlberg: *Deutsch, aber unpünktlich*, Die Zeit, 1.10.2014, S. 2.

⁴ Vgl. dazu ausführlich Daniel Göler: *Zwischen security provider und security consultant. Veränderungen im Leitbild der strategischen Kultur der Europäischen Union*, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 7 (2014) 3, S. 323–342.

⁵ Vgl. Rudolf J. Schlaffer: *Die Bundeswehr auf dem Weg zur „Armee im Einsatz“*, in: Bernhard Chiari, a.a.O. (Anm. 1), S. 247–257.

letztlich halten sie NATO und GSVP politisch zusammen: Die beteiligten Regierungen bekräftigen, dass sie die sicherheitspolitische Lage weiter ähnlich beurteilen, und versichern einander ihre politische Verlässlichkeit.

Der Trend zu weniger und kleineren Auslandseinsätzen dürfte zur Folge haben, dass das deutsche sicherheitspolitische Gestaltungsvermögen schrumpft. Aller Voraussicht nach wird deutsche Sicherheitspolitik auch künftig mit Konflikten in der euro-atlantischen Peripherie konfrontiert werden, welche die internationale Sicherheit und möglicherweise die Sicherheit Deutschlands bedrohen. Nicht für alle dieser möglichen Konflikte ist militärisches Krisenmanagement ein geeignetes oder gar bevorzugtes Instrument.⁶ Doch ohne die Befähigung und den prinzipiellen politischen Willen zu einem Auslandseinsatz der Bundeswehr wird die deutsche Politik eine Fähigkeit verlieren, die für das Krisenmanagement auch in Zukunft notwendig sein wird. Gewiss ist es eine politische Option, sich aus diesem Politikfeld zurückzuziehen. Die (Mit-)Führungsrolle jedoch, die Berlin bei der Bewältigung der europäischen Finanz- und Schuldenkrise zugewachsen ist, fordern die Verbündeten nunmehr auch in anderen außenpolitischen Feldern. Angesichts dessen erscheint es zumindest fraglich, ob ein deutscher Rückzug realistisch ist und ob dafür nicht ein hoher politischer Preis zu zahlen sein würde.

Im Hinblick auf die Transformation der Bundeswehr sind die Folgen auf den ersten Blick weniger offensichtlich, aber dennoch nicht weniger gravierend. Sie verlöre nicht nur einen ihrer beiden Legitimationspfeiler (neben der Bündnis- und Landesverteidigung), sondern zudem den zentralen Referenzpunkt ihres Transformationsprozesses hin zu einer „Armee im Einsatz“. Auch die sich daraus ergebende Einteilung in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte könnte nur noch begrenzt als Planungsgrundlage dienen. Außerdem würde es ohne Einsätze immer schwieriger, die Interoperabilität deutscher Streitkräfte auf Dauer sicherzustellen, also die Fähigkeit zu Operationen in multinationalen Verbänden.

Was den politischen Zusammenhalt anbelangt, so ist bereits zu erkennen, dass dieser infolge der Tendenz zu weniger und kleineren Einsätzen ausgehöhlt wird. Bei den jüngsten NATO- oder EU-geführten Operationen handelt es sich zumeist um „Koalitionen der Willigen“. Die militärische Beteiligung wird also schon heute nicht mehr als zwingend notwendiger Ausweis transatlantischer oder europäischer Solidarität gefordert. Für die deutsche Politik wird es damit immer leichter und verführerischer, sich Auslandseinsätzen zu verweigern – auf Kosten von innerem Zusammenhalt und Effektivität eingeführter Institutionen der deutschen Sicherheitspolitik.

Der Umbau der Bundeswehr verlöre seinen Referenzpunkt

PD Dr. habil. Markus Kaim leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

⁶ Vgl. Matthias Dembinski: Grenzen militärischen Konfliktmanagements, in: Bernhard Chiari, a.a.O. (Anm. 1), S. 111–121.



Die französische Ausnahme

Der autonome Einsatz hat Paris' Strategie nur modifiziert

Guillaume de Rougé | Wer danach fragt, welche strategischen und politischen Lehren Frankreich aus dem Afghanistan-Einsatz gezogen hat, sollte sich die jüngsten Entscheidungen von Präsident François Hollande näher anschauen: Kurz nach seinem Wahlsieg im Mai 2012 machte er sein Wahlversprechen wahr und zog französische Truppen von den ISAF-Operationen in Afghanistan ab, um gleichzeitig zu versprechen, Frankreich werde dem Land fortan „auf andere Weise“ helfen. Schließlich wurde der für Dezember 2012 angekündigte Abzug Ende 2014 vollzogen – womit er mit dem Abschluss der ISAF-Mission zusammenfiel, an die sich nun die „Resolute Support Mission“ (RSM) anknüpft, bestehend aus 12 000 Soldaten, die afghanische Verbände „ausbilden, beraten und unterstützen“ sollen. Zwar ist Frankreich an der RSM nicht beteiligt, trägt aber 11 Prozent der Kosten und unterstützt Afghanistan im Rahmen eines bilateralen Freundschafts- und Kooperationsabkommens unter anderem mit taktischem Training und Französisch-Sprachkursen.

Die RSM soll im Dezember 2016 auslaufen (zu dem Zeitpunkt sollen auch alle US-Soldaten das Land verlassen haben), doch werden in den USA und innerhalb der NATO bereits Stimmen laut, die sich angesichts der Tatsache, dass Anzeichen für eine Besserung der Lage in Afghanistan ausbleiben, für eine Verlängerung stark machen. Die Zukunft wird zeigen, ob die „Kriegsmüdigkeit“ unter den Verbündeten reversibel ist. Während noch alles im Fluss ist, hätte sich Frankreich – sehr pragmatisch – auch für eine symbolische Teilnahme auf dem niedrigstmöglichen Niveau entscheiden können, mit ein paar Ausbildern und Verbindungsoffizieren zum Beispiel unterhalb der britischen Beteiligung von 389 Soldaten. Doch eine Reihe von Faktoren haben Hollande an seinem Versprechen festhalten und die politischen Kosten in Kauf nehmen lassen – was in direkter Verbindung mit den strategischen Lektionen steht, die Frankreich seit 2001 in Afghanistan gelernt hat.

Militärisch war Frankreich am Hindukusch von Anfang an dabei – mit Spezialkräften schon im Oktober 2001 an der Seite amerikanischer und britischer Spezialeinheiten. Ab Januar 2002 griffen französische Soldaten auch in Kämpfe am Boden ein; mit über 4000 Soldaten erreichte der Kampfeinsatz 2011 seinen Höhepunkt (zu dem Zeitpunkt war Paris viertgrößter Truppensteller), 89 Tote hatte Frankreich am Ende zu beklagen. Neben Solidarität mit den Vereinigten Staaten nach dem 11. September und der Atlantischen Allianz zu üben, ging es für Paris darum, als ständiges Sicherheitsratsmitglied im weltweiten Kampf gegen Terrorismus und religiösen Extremismus Flagge zu zeigen. Zugleich – und das dürfte niemanden überrascht haben, der mit den französischen Militärtraditionen seit 1945 vertraut ist – zeichnete sich das französische Engagement durch viel Autonomie und dem Verlangen nach Handlungsfreiheit aus, was von Anfang an zu einer gewissen Distanz zu den Amerikanern führte,

obwohl diese erstmals im CENTCOM-Hauptquartier in Tampa, Florida, von wo aus der Afghanistan-Krieg hauptsächlich geplant wurde, einen französischen Verbindungsoffizier zuließen.

Französische Skepsis speiste sich bald aus der Wahrnehmung eines immer stärker ausgeprägten US-Unilateralismus und erratischer Entscheidungsprozesse – zumal schnell klar wurde, dass der amerikanische Mix von Doktrinen keine realistische Exit-Strategie aus dem „Friedhof der Großreiche“ aufzeigte und die Beteiligten stattdessen in eine komplexe Gleichung hinein- zog, an der Pakistan und Indien, aber auch China, Russland und die wichtigsten Mächte des Mittleren Ostens – Saudi-Arabien und der Iran – beteiligt waren. Der 2003 begonnene Irak-Krieg lenkte dann alle Aufmerksamkeit vom Hindu- kusch weg – mit Folgen, an denen die seit 2006/07 betriebene Refokussierung auf das Land und die spätere Truppenaufstockung („surge“) nichts mehr ändern konnten. Die wachsende Skepsis französischer Entscheidungsträger über die Jahre hinweg spiegelte sich dabei in der stetig sinkenden öffentlichen Unterstützung für den Krieg wider; ein Teufelskreis entstand.

Als Teil von Nicolas Sarkozys Politik der Annäherung an die Vereinigten Staaten 2007/08 entschied sich Paris zu einer deutlichen Aufstockung seines ISAF-Kontingents – ein Schritt, der mit einer beispiellosen Informationskam- pagne einherging, um der Tatsache zu begegnen, dass die französische Öffent- lichkeit zu dem Zeitpunkt kaum etwas über die Mission wusste – und auch, um die Kluft zwischen dem Zivilen und dem Militärischen zu überwinden. Doch diese Bemühungen wurden weitgehend von einem einzigen Ereignis, dem Hin- terhalt vom Uzbun-Tal im August 2008, zunichte gemacht.

Wie so oft bei westlichen Interventionen nach Ende des Kalten Krieges un- terstrichen die Verluste den Mangel an Fortschritten auf operativer wie strate- gischer Ebene. Acht Tote und 23 Verwundete (davon zwei afghanische Solda- ten) waren nicht unbedeutend, doch leider keine Ausnahme in Afghanistan. In der Folge zahlte die französische Regierung den Preis dafür, Öffentlichkeit und Parlament lange unzureichend informiert zu haben. Die französischen Verbän- de hatten im Surobi-Distrikt, der zur Provinz Kabul gehört, gerade die Italiener abgelöst, die Gegend galt als friedlich. Gilles Dorronsoro, ein französischer Wissenschaftler, der damals Fellow bei der Carnegie Foundation in Washington war, begann öffentlich in zahlreichen Meinungsbeiträgen zu warnen, dass die „ruhigsten“ Gebiete jene waren, die die ISAF erst gar nicht erobert hatte und bereits wieder unter Taliban-Kontrolle standen.

In der letzten Phase ab 2010 begann Paris, in tiefer Sorge über ein drohendes komplettes Fiasko, eine aktivere Rolle zu spielen und setzte darauf, dass das Militär durch die „Sicherung“ zentraler Gebiete und Institutionen einer politi- schen Lösung den Weg bereitete. Im Dezember 2012 war es Gastgeber der dis- kreten innerafghanischen „Chantilly-Gespräche“, die einen „Versöhnungspro- zess“ in Gang bringen sollten. So lobenswert diese Bemühungen waren, sie blieben doch weitgehend unbekannt und ohne Verbindung zum militärischen Engagement.

Der Doktrinen-Mix der USA bot keine realistische Exit-Strategie

Die Zustimmungsraten für die Intervention in Afghanistan sank in Meinungsumfragen stetig – ein Paradox, denn in der Regel werden französische Auslandseinsätze seit Ende des Kalten Krieges von stärkerer öffentlicher Unterstützung begleitet, als das in den meisten europäischen Partnerländern üblich ist. Wie sich bereits herausgestellt hat, war der Afghanistan-Einsatz in dieser Hinsicht tatsächlich eine Ausnahme; das jüngste Eingreifen in afrikanischen Staaten war wieder ein „Rückkehr zur Normalität“, soweit es den Rückhalt in der Bevölkerung betraf.

Wie steht es aber schließlich mit Lehren auf strategisch-operativer Ebene, beispielsweise im Rahmen der Zusammenarbeit von NATO und EU, auch angesichts neuer Herausforderungen östlich (Russland) und der Instabilität süd-

**An der Ambivalenz des
NATO-EU-Verhältnisses
hat sich nichts geändert**

lich von Europa? Es bleibt weiterhin viel zu tun, um die Interoperabilität zwischen den Verbündeten zu verbessern, moderne, einsatzfähige Verbände aufzustellen und eine stärkere europäische Verteidigungsindustrie zu entwickeln, ebenso eine fairere Lastenverteilung, transatlantisch wie innerhalb Europas. In diesen Bereichen diente der Afgha-

nistan-Krieg keineswegs als Initialzündung für neue Formen institutionalisierter Zusammenarbeit, weder zwischen Ländern noch zwischen NATO und EU. Auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik hatte er ebenfalls keinen Einfluss. Im NATO-Rahmen hat der Einsatz zu einer Allianz mehrerer Ebenen geführt, dank der anarchischen Entwicklung von Partnerschaften. Schließlich hat der Afghanistan-Krieg auch an der Ambivalenz des NATO-EU-Verhältnisses nichts geändert; keine Seite war bereit, der anderen im zivilen Bereich das Feld zu überlassen.

Hinzu kommt: Die Russland-Ukraine-Krise hat jedwede Lehren aus dem Afghanistan-Krieg fürs Erste beiseite geschoben; militärisches Denken konzentriert sich derzeit auf die breitere Perspektive einer Eskalation mit Russland. Dagegen bietet der „Bogen der Instabilität“ im Süden viele Anknüpfungspunkte zu den Erfahrungen in Afghanistan, wobei die Libyen-Operation von 2011 offensichtlich eine Ausnahme beziehungsweise das Gegenbeispiel ist. Die US-Strategie eines „leading from behind“ war dem amerikanischen Post-Irak-und-Afghanistan-Syndrom eines „Kein Einsatz am Boden – niemals mehr!“ geschuldet. Heute zahlen wir den Preis dafür, dass die Vereinigten Staaten zögerten, auch mit Landstreitkräften zu intervenieren, und müssen mit einem verfallenden Staatsgebilde an der Nahtstelle zwischen Sahel-Zone und Nahem Osten fertig werden. Weltweit betrachtet gibt es aber keine einstimmige Ablehnung des Erbes des Afghanistan-Krieges, im Unterschied zur Epoche nach dem Vietnam-Krieg. Angesichts der Tatsache, dass „unkonventionelle Herausforderungen“ in der südlichen Krisenzone nicht weniger werden dürften, zeichnet sich seit 2011 ein Mittelweg-Konzept des „leichten Fußabdrucks“ ab, basierend auf dem Einsatz von Drohnen, Spezialkräften, Cyberaktivitäten und dem Aufbau von Partnern vor Ort.

Paris hat gewissermaßen eine Mittelstrategie entwickelt, die zwischen einem „leichten Fußabdruck“ und klassischen Luft-Boden-Operationen ange-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

siedelt ist, und geht mit seinen Afrika-Einsätzen (Mali, Sahel, Zentralafrikanische Republik) eigene Wege. Dass Frankreich dabei auf postkoloniale Strukturen zurückgreifen kann, setzt dem Vergleich mit der Intervention in Afghanistan natürlich Grenzen. Nichtsdestotrotz ist es Frankreich gelungen, nach anfänglich rein nationalem Vorgehen die Einsätze multinational einzubetten, zumal ja Paris nicht nur nationale, sondern auch Interessen von EU und NATO an der Südflanke verteidigt. In diesen multinationalen Kooperationen hat Frankreich erfolgreich einige in Afghanistan erprobte Fähigkeits- und Einsatzkonzepte angewandt, ob bei der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten – sehr eng bei „Intelligence, Surveillance and Reconnaissance“ (ISR)-Aufklärungsmissionen – oder in einem Rahmen mit EU, Afrikanischer Union und UN, wo der Schwerpunkt auf Beratung und Ausbildung liegt.

Die französische Strategie zeigt, dass das Erbe des Afghanistan-Krieges westliche Ambitionen des „Nationbuilding“ nicht komplett begraben hat. Wobei: Hätte sich Frankreich vorbehaltlos in Afghanistan gemäß seines internationalen Ranges beteiligt, hätte es solche Operationen danach wohl nicht mehr geplant und ausgeführt. Und man muss hinzufügen, dass Frankreich seit dem Eingreifen in der Zentralafrikanischen Republik Ende 2013 Gefahr läuft, sich zu überdehnen – erst recht, seit 2014 die Herausforderungen durch Russland und dem „Islamischen Staat“ auf den Plan getreten sind, ebenso die *Charlie-Hebdo*-Terroranschläge vom Januar 2015. Letztere haben Frankreichs Verteidigungsapparat zusätzlich unter Druck gesetzt – und die Regierung bewogen, geplante Einschnitte im Verteidigungshaushalt hintanzustellen.

Auf längere Sicht betrachtet wird das westliche Scheitern in Afghanistan sicher große negative, wenn auch indirekte Auswirkungen auf Frankreich und die EU haben – zumindest in dem Sinne, dass es ihren relativen Bedeutungs-

verlust für die Region beschleunigt; und die Vereinigten Staaten dürften ihre Glaubwürdigkeit dort so bald kaum zurückgewinnen. Der Abzug westlicher Truppen wird abermals ein Sicherheitsvakuum in Zentralasien schaffen und Pakistan und Indien ermutigen, ihre Machtspiele der achtziger und neunziger Jahre neu aufzulegen, während Russland versuchen dürfte, seinen Einfluss auf ehemalige Sowjetrepubliken zurückzugewinnen, und China seine Schachfiguren auf der „Neuen Seidenstraße“ entlang schiebt und sich Hebel- und Einflussmöglichkeiten durch Verbindungen zu Russland, Indien, Pakistan und den Mächten des Mittleren Ostens verschafft. Kurz: Das Große Spiel in Zentralasien wird weitergehen – und Europa dort eine noch kleinere Rolle spielen.

Dr. Guillaume de Rougé arbeitet als Politikberater im französischen Verteidigungsministerium und lehrt an der Universität Paris III Sorbonne Nouvelle.



Die Fallstricke des „Sofa-Kabinetts“

Die Mission litt unter einem Mangel an strategischer Führung

Ben Barry | Als die britische Armee Ende 2001 nach Afghanistan ging, hatte sie ein Vierteljahrhundert an Erfolgen vorzuweisen, sei es in Nordirland, Simbabwe, den Falkland-Inseln, im ersten Irak-Krieg („Desert Storm“), in Bosnien, im Kosovo, auf Ost-Timor und in Sierra Leone. All diese Operationen waren von Parlament, Öffentlichkeit und den Medien unterstützt worden. Es gab bemerkenswert geringe Verluste. Viele Aspekte der Operationen waren anspruchsvoll, doch war der Gegner meist von geringerer militärischer Qualität, oft unwillig, die Konfrontation zu suchen, und ohnehin überwältigt von den Waffen und der verknüpften Kriegführung, auf die Großbritannien und seine Verbündeten zurückgreifen konnten. Vor diesem Hintergrund war der Krieg gegen Feinde, die westliche Werte ablehnen und zum Kämpfen und Sterben bereit sind, ein strategischer Schock. Die britische Armee stand vor weit größeren Herausforderungen als erwartet. Es kam zu schweren Kämpfen; die meisten Soldaten und Offiziere schlugen sich dabei gut, oft hervorragend.

Viele ISAF-Nationen erfuhren ähnliche Schocks. Diejenigen, die zusätzlich Truppen für die US-geführte „Operation Iraqi Freedom“ abstellten, waren doppelt belastet. Das Vereinigte Königreich stand nicht nur vor der Schwierigkeit, Streitkräfte in zwei verschiedenen Operationszonen zu unterhalten, sondern auch, dass die Unpopularität des Irak-Krieges die Wahrnehmung der Operationen in Afghanistan beeinträchtigte. Diese Faktoren stellten Regierung, Verteidigungsministerium und Armee auf die Probe. Alle reagierten zu langsam – insgesamt waren die Briten in Afghanistan nicht so effektiv, wie sie hätten sein können.

Britische Flugzeuge und Spezialeinheiten waren schon 2001 an den US-Operationen zur Vertreibung des Taliban-Regimes beteiligt. Anfang 2002 griff

auch ein Kommando der Royal Marines kurzzeitig in die Kämpfe ein; doch davon abgesehen unterstützten lediglich ein paar hundert britische Soldaten die ISAF-Präsenz in Kabul, bevor sie nach Mazar-e-Sharif verlegt wurden, um dort das „Provincial Reconstruction Team“ (PRT) aufzubauen. Zum Abschluss der Ausweitung der Truppenpräsenz auf das gesamte Land übernahm Großbritannien 2006 zeitweise das ISAF-Kommando und stellte zusammen mit den USA, Kanada und den Niederlanden die Truppen für die Stationierungen im Süden. In der Provinz Helmand wurde Großbritannien Führungsnation, traf dort aber auf unerwarteten Widerstand und musste den Plan für eine „Tintenklecks“-artige Ausweitung von Stabilisierung und Wiederaufbau angesichts schwerer Kämpfe aufgeben.

Die Aufstockung der britischen Truppen von 3000 auf 10 500 Mann nahm vier Jahre in Anspruch, da dies von der Reduzierung der Präsenz im Irak abhing. Dies stellte sich oft als problematisch heraus: Während es den Briten in der Regel gelang, Gegenden zu erobern, fehlte es an Mannschaftsstärke, diese danach auch zu halten, zumal es Zeit brauchte, die Zusammenarbeit mit anderen britischen und afghanischen Stellen zu entwickeln, um überhaupt etwas aufzubauen. Erst als sich die Briten 2009 aus dem Irak gänzlich zurückzogen und rund 20 000 amerikanische Marineinfanteristen zusätzlich in Helmand stationiert wurden, waren genügend Kapazitäten vorhanden, um Aufstandsbekämpfung in einer dicht bevölkerten Schlüsselregion Afghanistans zu betreiben.

Anfänglich war die britische Beteiligung am Sturz des Taliban-Regimes und der Stabilisierung Kabuls populär; die verhältnismäßig kleine britische Präsenz zwischen 2002 und 2006 erlitt wenig Verluste. Doch der Abstieg ins Chaos, den der Irak in dieser Zeit erlebte, und die Tatsache, dass keine irakischen Massenvernichtungswaffen gefunden wurden (womit die Regierung von Tony Blair den Krieg begründet hatte), untergruben dies.

Der Gang nach Helmand wurde gegenüber der Öffentlichkeit mit den Anschlägen vom 11. September und Drogenhandel auf britischen Straßen in Verbindung gebracht und zudem als unblutige Stabilisierungsmission verkauft. Die folgenden schweren Kämpfe, die immer wieder aufflammten, und die hohen Verluste machten den Einsatz schnell unpopulär. Armee, Verteidigungsministerium und Minister versuchten wacker, die Mission besser zu vermitteln, doch hatte dies nicht den erhofften Erfolg. Mit jedem neuen Verlust sank die öffentliche Unterstützung. Zugleich sorgten Bemühungen des damaligen Generalstabschefs General Sir Richard Dannatt und die Selbsthilfeinitiative „Help for Heroes“ für eine unerwartete Welle öffentlicher Anteilnahme für verwundete Veteranen und ihre Familien sowie ganz allgemein für Soldaten als Menschen, die einen undankbaren, schwierigen und gefährlichen Beruf ausüben. Das mag die Umfragewerte für das Ansehen der Streitkräfte in die Höhe getrieben haben. Aber ein Risiko liegt darin, dass Soldaten eher als Opfer denn als Helden betrachtet werden. Britische Offiziere sorgen sich derzeit, welche unvorhersehbaren Folgen dies für zukünftige Operationen haben könnte.

**Der Einsatz militärischer
Macht wird heute
skeptischer betrachtet**

**Der neu geschaffene
Nationale Sicherheitsrat
leistet wertvolle Arbeit**

Insgesamt hat die Unpopularität des Irak- wie des Afghanistan-Krieges zu größerer Skepsis geführt, was den Einsatz militärischer Macht angeht. Die Parlamentsdebatte vom August 2013 über Syrien mag sich dabei noch als wichtiger Meilenstein entpuppen. Eine knappe Mehrheit der Unterhausabgeordneten zeigte sich von dem Regierungsantrag nicht überzeugt, das Regime von Baschar al-Assad mit Militärschlägen von weiteren Giftgaseinsätzen abzuhalten. Wenngleich die britischen Streitkräfte in der Öffentlichkeit weiterhin sehr hohes Ansehen genießen, konstatierte der damalige Verteidigungsminister Philip Hammond nach der Abstimmungsniederlage „ein tiefes Misstrauen gegenüber militärischem Eingreifen im Mittleren Osten, das sich zum großen Teil aus der Irak-Erfahrung speist“. Es ist derzeit nicht abzuschätzen, wie lange diese „strategische Vorsicht“ anhalten wird.

Zudem entblöbte der Einsatz in Afghanistan wie im Irak einige britische Schwächen, sowohl im Bereich Strategie als auch im Bereich Fähigkeiten; auch wurde deutlich, dass sich die Briten weniger schnell anpassen konnten, was den Hauptverbündeten USA skeptisch werden ließ und am Selbstbewusstsein des britischen Militärs kratzte. Seitdem hat sich London bemüht, seinen Status in den Augen Washingtons zurückzugewinnen, unter anderem durch die Unterstützung bei der Bekämpfung des „Islamischen Staates“.

Aus britischer Sicht unterstrich der Afghanistan-Krieg zudem den Wert der „Five-Eyes“-Geheimdienstzusammenarbeit mit den USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Für NATO-Mitglieder, die diesem Club nicht angehören, ist diese Exklusivität manchmal unangenehm, aber daran dürfte sich bei zukünftigen NATO- oder Koalitionseinsätzen nichts ändern. Im Süden kooperierten die Briten mit vertrauten Partnern, darunter auch Dänen und Esten. Dass deren Regierungen ihren Soldaten keinerlei Einsatzbeschränkungen auferlegt hatten, war besonders willkommen, und London dürfte die Zusammenarbeit mit den Balten und Skandinavien weiter vertiefen. Bemerkenswerte Verbesserungen gab es bei der Interoperabilität der beteiligten Streitkräfte, insbesondere bei der taktischen Luftüberwachung und dem Unterhalt eines geheimen IT-Netzwerks für die Mission.

Auf strategischer Ebene rang Großbritannien – wie auch die USA – damit, Ziele, Wege und Mittel in Einklang zu bringen. So hatten taktische Erfolge oft keine operativen Auswirkungen. Es gab komplexe Fehlschläge und vielfache Beispiele suboptimaler Entscheidungsfindungen in Washington, London, beim CENTCOM, in Kabul und in Helmand. Nach dem Regimesturz entdeckten die britischen Kommandeure ein gewaltiges Defizit bei der zivil-militärischen Koordination in London und erlebten einen ganz offenkundigen Mangel an Führung; das Ausgreifen auf Helmand erfolgte mit zu wenig Mitteln, unter unzureichender Führung und mangelhafter Koordinierung: Das Bild, das sich abzeichnet, ist das eines unzureichenden Kriegsmanagements.

In einem vernichtenden Urteil sprach General Dannett später von einem „tiefgreifenden Mangel an Führung auf Seiten der Stellen, die für die Politik Großbritanniens und der Koalition insgesamt verantwortlich waren. Wir schei-

terten daran, uns ordentlich in einem einzigen, transparenten Befehlsstrang zu organisieren, was zur Folge hatte, dass die internen Auseinandersetzungen über Rollen, Ressourcen und Verantwortlichkeiten den gemeinsamen Effekt, den wir zu erreichen versuchten, in gefährlichem Maße beschädigte.“ Wenn gleich der britische Generalstab zu Recht über mangelnde Koordinierung in London frustriert war, so gingen auch manche mangelhafte Entscheidung und Umsetzung auf sein Konto.

In Sachen strategischer Führung gibt es aus dem Afghanistan-Krieg also viele Lehren zu ziehen. Im britischen Fall ist wohl die wichtigste, dass die vorliegenden Indizien – die unter anderem die unabhängige „Iraq Inquiry“ hervorgebracht haben – darauf hindeuten, dass die Premierminister Tony Blair und Gordon Brown wichtige Richtungsentscheidungen nicht trafen. Beide verzichteten auf die traditionellen, erprobten Mechanismen eines Kriegskabinetts, auf das sich Winston Churchill im Zweiten Weltkrieg und Margaret Thatcher während des Falkland-Krieges stützten. Blair und Browns strategische Führung war deshalb stärker ad hoc und weniger fokussiert, als es notwendig gewesen wäre.

Der Nationale Sicherheitsrat, den David Cameron bei seinem Amtsantritt 2010 eingerichtet hat, hat bereits Abhilfe geschaffen und beispielsweise bei der Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) und der Strategic Defence and Security Review wertvolle strategische und koordinierende Arbeit geleistet. Offenbar arbeiten Verteidigungs-, Außen- und Entwicklungsministerium heute automatisch vernetzter zusammen; auch fungiert der Nationale Sicherheitsrat heute als erster Ansprechpartner des Geheimdienstgremiums Joint Intelligence Committee, was die Ausrichtung und das Setzen von Prioritäten bei der britischen Geheimdienstarbeit verbessert hat – ein großer Schritt vorwärts im Vergleich zum informellen „Sofa-Kabinetts“ der Blair- und Brown-Jahre.

Brigadier (ret.) Ben Barry ist Senior Fellow for Land Warfare beim International Institute for Strategic Studies (IISS) in London.



Der gute Krieg

Der Einsatz samt hoher Verluste hat Kopenhagen gestärkt

Peter Viggo Jakobsen | In den Jahren, in denen die dänische Armee in der süd-afghanischen Provinz Helmand – einer Hochburg der Taliban – stationiert war (2006 bis 2014), erlebte sie die schlimmsten Kämpfe seit der Niederlage gegen Preußen 1864 und mehr Verluste (43 Tote und 214 Verwundete) als in allen anderen Militäreinsätzen seit Ende des Zweiten Weltkriegs zusammengenommen. Auch die Kosten waren beispiellos: Ende 2014 beliefen sich die zivilen und militärischen Ausgaben auf etwa 2,68 Milliarden Euro. Doch obwohl einige dänische Politiker den Einsatz für einen Fehler halten und die Hälfte der

Bevölkerung der Meinung ist, er sei der finanziellen und menschlichen Kosten nicht wert gewesen, haben die enttäuschenden Ergebnisse der ISAF-Mission bislang keine große heimische Debatte ausgelöst und die dänische Außen- und Sicherheitspolitik so gut wie nicht verändert.

International wurde Dänemark für seinen Ein- satz viel Lob gezollt

Dänemark hat sich weiter an von großen NATO-Mitgliedern geführten Kampfeinsätzen beteiligt. 2011 warfen dänische F-16 988 „smarte“ Bomben über Libyen ab (11 Prozent der NATO-Abwürfe insgesamt), und Kopenhagen gehörte zu den wenigen, die dem Ruf des Weißen Hauses nach einer Bestrafung des syrischen Regimes per Luftschläge nach dessen Giftgaseinsatz im August 2013 folgte. Und bis Anfang Juni 2015 feuerten dänische Kampfflugzeuge als Teil der US-geführten Koalition 322 Stück „intelligenter“ Munition gegen den „Islamischen Staat“ ab.

Die heimische Unterstützung für solche Kampfeinsätze bleibt hoch. Alle im Parlament vertretenen Parteien und 80 Prozent der Bevölkerung unterstützten die Entscheidung, gegen das Regime Muammar al-Gaddafis in den Krieg zu ziehen. Auch der 2014 begonnene Kampf gegen den IS wird von einer großen Parlamentsmehrheit und 60 Prozent der Bevölkerung befürwortet.

Dass sich der Afghanistan-Krieg auf Dänemarks Außenpolitik so wenig ausgewirkt hat, liegt daran, dass man einen „guten Krieg“ geführt hat – nicht, um zu gewinnen, sondern um gerechte Anliegen (Terrorbekämpfung, Menschenrechte und Demokratie) und die richtigen Verbündeten (die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die NATO) zu unterstützen mit dem Ziel, daheim Stolz hervorzurufen und im Ausland Lob zu gewinnen. Aus dieser Perspektive betrachtet war der Afghanistan-Einsatz für Dänemark ein Erfolg.

Daheim sorgte die Regierung für breite politische Unterstützung für den Krieg, indem sie die Opposition in ausführliche Konsultationen einband. Dies sorgte bei allen Parteien für ein hohes Maß an (Mit-)Verantwortungsgefühl. Dass es gelang, einen solch breiten Konsens zu schaffen, lag vor allem an Dänemarks zivil-militärischer Strategie, die Diplomatie, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und militärische Instrumente vereinigte. So konnten die Parteien jeweils den Aspekt betonen, der bei ihren Wählern am besten ankam. Und Dänemarks Politikern gelang es, ein Bild voller taktischer Erfolge zu zeichnen und die Wähler zu überzeugen, dass die Dänen in Afghanistan zum Guten beigetragen hätten, zum Beispiel, indem sie Tausenden Mädchen den Schulbesuch ermöglichten oder die Sicherheitslage und wirtschaftliche Situation in Gereshk, dem Zentrum seines Verantwortungsbereichs, verbesserten. Dieses Bild wurde von den Soldaten selbst bestätigt, die in den Medien starke Fürsprecher ihrer Mission waren.

Im Unterschied zu Deutschland, das für seinen Unwillen, in Kämpfe verwickelt zu werden, stark kritisiert wurde, wurde Dänemark viel Lob gezollt; die NATO und Washington hoben das Land als Vorbild hervor, weil es seine Truppen ohne Einsatzvorbehalte in den Kampf schickte und dabei die höchsten Pro-Kopf-Verluste aller ISAF-Verbündeten in Kauf nahm. Evaluierungsteams der NATO unterstrichen in mehreren Berichten die Qualität dänischer Solda-

ten, und dänische Diplomaten, Offiziere, Geheimdienstexperten und Minister sind überzeugt, dass der dänische Beitrag zum Afghanistan-Krieg das internationale Ansehen des Landes und seinen Einfluss innerhalb der Atlantischen Allianz gemehrt hat. Laut dänischem Verteidigungskommando behandeln die Vereinigten Staaten und Großbritannien Dänemark als privilegierten Verbündeten, dem leichter Zugang zu hochrangigen Entscheidungsträgern, Geheimdienstkenntnissen, Lehrgängen, Stellen und Gerät als den meisten anderen gewährt wird. Der zwischen 2011 und 2013 amtierende Verteidigungsminister Nick Hækkerup stellte zudem fest, dass Dänemark nun mehr Gewicht in NATO-Debatten eingeräumt werde; auch andere NATO-Mitglieder wüssten, dass die dänische Sicht der Dinge in Washington respektiert werde.

Die Afghanistan-Mission hat in Dänemark auch den Glauben untermauert, dass ein integrierter, zivil-militärischer Ansatz für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in fragilen Staaten von zentraler Bedeutung ist. Der Akzent liegt heute stärker auf Prävention und Stabilisierung als auf tatsächlichem Kriegführen; aber die Vorstellung, dass es auf eine intelligente, vom jeweiligen Kontext abhängige Kombination ziviler und militärischer Mittel ankommt, um Voraussetzungen für tragfähige Friedenslösungen zu schaffen, steht außer Frage. Dänemark teilt die im Westen weit verbreitete Zurückhaltung, was einen neuerlichen, langfristigen Einsatz von Landstreitkräften angeht. Aber es lässt sich kaum vorstellen, dass Dänemark eine entsprechende Anfrage ablehnen würde, sofern die Vereinigten Staaten die Führung übernehmen. Die USA in der NATO zu halten, wird deshalb das wichtigste Element der dänischen Verteidigungspolitik bleiben. Dazu gehört, den Willen und die Fähigkeit zu erhalten, an US-geführten oder -gewünschten Militärinterventionen jenseits von Europa teilzunehmen. Das wird für Dänemark stets Priorität bleiben.

Dr. Peter Viggo Jakobsen ist Civilian Researcher am Institute for Strategy, Royal Danish Defence College.



„Nie wieder!“ – mit Einschränkungen

Der Kampf um Kandahar wird noch Generationen prägen

Stephen M. Saideman | Die Entscheidung, sich militärisch in einer der gefährlichsten Provinzen Afghanistans zu engagieren, hat Kanada nach den USA und Großbritannien die höchsten Verluste abverlangt. Nimmt man noch die enormen finanziellen Belastungen hinzu, so lautet die Lehre schlicht und einfach: „Nie wieder!“ Jedoch gilt das nur mit Einschränkungen; denn auch in Zukunft wird es wieder Situationen geben, in denen Kanada sich nicht wegducken darf. Welche Lektionen der Krieg darüber hinaus gelehrt hat, soll unter den Stichworten „Bescheidenheit“, „Misstrauen“, „Chancen“ und „Respekt“ ausgeführt werden.

**Von einem „Erfolg“
oder gar einem „Sieg“
kann keine Rede sein**

Bescheidenheit ist die erste Lehre, die Politiker ziehen müssen – und auch bereits gezogen haben. Denn der gewaltigen Bemühungen, des immensen Ressourcenaufwands und der hohen Priorität zum Trotz, die der Einsatz außenpolitisch genossen hat, wirkt das Ergebnis aus kanadischer Sicht äußerst dürftig. In Anbetracht der neuerlichen, unerfreulichen Entwicklungen in Kandahar, wo die Kanadier eingesetzt waren, und in Afghanistan insgesamt kann von einem „Erfolg“ oder gar einem „Sieg“ keine Rede sein. Kanada hat einige Jahre eine Hochburg der Taliban gehalten, aber diese Leistung scheint nicht von Dauer. Auch die Erfahrungen in Libyen und im Irak weisen darauf hin, dass die Erwartungen an westliche Interventionen heruntergeschraubt werden sollten. Dazu passt, dass beim Kampf gegen den IS von „niederringen“, nicht aber mehr von „besiegen“ die Rede ist.

Bescheidenheit nach Afghanistan bezieht sich aber nicht nur auf die Ziele, sondern auch auf die Mittel: So entsandte Kanada sechs Kampffjets sowie ein paar Tank- und Aufklärungsflugzeuge nach Libyen. Den französischen Einsatz in Mali unterstützte Ottawa lediglich mit einem Transportflugzeug. Im Kampf gegen den IS engagiert sich Kanada mit etwa 69 Soldaten der Spezialkräfte sowie der gleichen Anzahl an Flugzeugen, die auch in Libyen zum Einsatz kamen. „No boots on the ground“ ist heute genereller Leitsatz der NATO; Kanada hat bitter erfahren müssen, wie teuer, kräftezehrend und politisch unpopulär solche Einsätze sind.

Die zweite Folge der Afghanistan-Mission ist Misstrauen. Dieses richtete sich sowohl gegen die Verbündeten als auch gegen das kanadische Militär selbst. Politiker, Regierungsvertreter und Soldaten empfanden die Zusammenarbeit mit den Alliierten als so frustrierend, dass der Mythos entstand, die Kanadier hätten ganz allein in Kandahar gekämpft. Natürlich entsprach dies nicht der Wirklichkeit, doch ließen sich manche „lead nations“ wie Deutschland oder Italien nie in der kanadischen Einsatzzone blicken.

Sehr viel kritischer als bei vorangegangenen NATO-Einsätzen wurden auch die Einsatzvorbehalte mancher Truppensteller diskutiert, denn sie entschieden über Leben und Tod. Es ist daher kein Zufall, dass die zum Sparen gezwungene kanadische Regierung nach Kandahar vor allem die Finanzierung von NATO-Programmen wie AWACS zusammenstrich. Auch der Vorgabe, dass NATO-Mitglieder 2 Prozent des BIP für das Verteidigungsressort aufwenden sollen, fühlt Ottawa sich nicht länger verpflichtet. Premierminister Stephen Harper scheint ohnehin bilateralen Ad-hoc-Unternehmungen gegenüber aufgeschlossen zu sein: So beteiligt sich Kanada an der jüngsten NATO-Mission im Baltikum; es führt aber gleichzeitig auch Luftschläge gegen Syrien außerhalb der NATO-Strukturen, im Verbund mit den USA, durch.

Misstrauen richtete sich jedoch auch gegen die kanadischen Streitkräfte. Denn während deren öffentliche Wertschätzung im Laufe der Mission wuchs, veränderte sich die der Regierung erheblich. Die Konservativen wollten als Verbündete des Militärs wahrgenommen werden. Diese Nähe brachte sie aber spätestens dann in eine Zwickmühle, als sie immer häufiger öffentlichkeits-

wirksam in die Bresche springen mussten, wenn die tatsächlichen Entwicklungen in Afghanistan den stets optimistischeren Einschätzungen des Militärs zuwiderliefen. Zudem konnte die Regierung, deren Kontrollzwang bekannt ist, nicht all die Nachrichten kontrollieren, die aus Afghanistan kamen – bei 3000 eingesetzten Soldaten und sie begleitende „eingebettete“ Reporter. Dies erklärt wohl auch, warum Kanada seitdem vor allem an Einsätzen teilnimmt, die begrenzter und den Medien weniger zugänglich sind.

Die dritte Lehre lautet, dass Konflikte eine Chance für die konservative Regierung sind. Warum? Weil die oppositionelle Liberale Partei immer dann zu zerreißen droht, sobald über bewaffnete Einsätze entschieden wird. Als Partei der Mitte wirbt zwar sie um Stimmen von links wie von rechts, ihren Grundsatz des Multilateralismus will sie aber bewahrt wissen. Jede Abstimmung über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes verstärkte die innerparteilichen Fliehkräfte aufs Neue – so auch bei der Erteilung des Mandats für den Kampf gegen den IS. Harper gelang es, den Vorsitzenden der Liberalen Partei jedes Mal auszuromanövrieren, ob er nun Stephan Dion, Michael Ignatieff oder Justin Trudeau hieß. Tatsächlich gerät jede Stellungnahme Trudeaus, wie er im Falle einer internationalen Krise reagieren würde, zum Vorteil für die regierende konservative Partei.

Nun weiß die kanadische Gesellschaft, was ihr Militär leisten kann

Aber nicht alle Lehren aus Afghanistan sind negativ. So hat die Öffentlichkeit heute ein klares Bild von den Fähigkeiten ihrer Streitkräfte. Die Vorstellung, die Armee verteile bloß Süßigkeiten, gibt es nicht mehr. Vielmehr weiß die kanadische Gesellschaft nun, was ihr Militär zu leisten imstande ist und was nicht. Die Öffentlichkeit ist heutzutage nicht pazifistischer gesinnt als zu Beginn des Afghanistan-Einsatzes – das aktuelle Engagement gegen den IS wird breit unterstützt. Offensichtlich ist auch, dass einem Mandat, das nur gezielte Bombardierungen oder den Einsatz von Spezialkräften vorsieht, einfacher zuzustimmen sein wird als groß angelegten konventionellen Operationen zu Lande. Dies scheint die Lehre zu sein, die auch die meisten Demokratien aus dem Afghanistan-Einsatz gezogen haben.

Die kanadische Afghanistan-Erfahrung ist also kaum einzigartig: Jedes an der ISAF beteiligte Land konnte sehen, wo die Leistungsfähigkeit der NATO an ihre Grenzen stieß. Politiker aller NATO-Staaten lernten, wie schwierig das Regieren angesichts eines komplexen und sich stetig verschlimmernden Krieges sein kann, in dem das Militär sich grundsätzlich optimistischer gab als die Medien (man sollte sich übrigens einmal vorzustellen versuchen, wie über die Tage nach dem D-Day berichtet worden wäre, hätte es damals schon Twitter gegeben). Jeder NATO-Staat gewann aber auch ein reiferes und informierteres Bild seiner Streitkräfte. Die Kanadier, die Verantwortung in einer der gefährlichsten Provinzen Afghanistans trugen, werden an der Last dieser Mission aber länger tragen als die meisten, denn sie prägt gesellschaftliche und politische Vorstellungen auch der zukünftigen Generationen.

Prof. Stephen M. Saideman hat den Paterson Chair in International Affairs an der Carleton University in Ottawa inne.